

nationalrat 6 (apa)

abgeordneter fischer (vo) bezeichnete das wehrgesetz als einen parlamentarischen handstreich, als eine reine vereinbarung zwischen den parteivorstaenden der regierungsparteien. diese methode widerspreche dem wesen der demokratie. das parlament habe nicht die vollmacht, ohne befragung des volkes eine derartig weitgehende entscheidung zu treffen, da ja in keinem wahlprogramm der parteien von der aufstellung des bundesheeres jemals die rede war. der redner erklarte, dass auch bei den sozialistischen arbeitern in den betrieben und in kreisen der katholischen bauernschaft die ablehnende einstellung vorherrschend sei, und zitierte diesbezuglich

151.709

... diesbezuglich mehrere stellen aus sozialistischen und katholischen zeitung und zeitschriften. er wies auf die widerspruchsvolle haltung der oevp hin, die auf der einen seite, als im wiener gemeinderat die tariferhoehung beschlossen wurde, behauptete, der gemeinderat habe von der bevoelkerung dazu kein mandat erhalten, auf der anderen seite aber bei der aufstellung des bundesheeres, die eine noch staerkeren eingriff in das leben des volkes darstelle, nichts von der abstimmung wissen wolle.

da sich aus den letzten parteienvorhandlungen ergeben habe, dass beide regierungsparteien vor neuwahlen zurueckschrecken, schlage die vo eine volksabstimmung ueber die aufstellung des bundesheeres vor. unser volk, rief der redner aus, ist entschlossen, die unabhaengigkeit der demokratischen republik mit der waffe in der hand zu schuetzen. entscheidend dafuer ist aber nicht die technische austruestung, sondern die innere verfassung und die oesterreichische gesinnung. zehn jahrgaenge sind durch das wehrgesetz unmittelbar betroffen und infolge dieser tatsache duerfe die stimme der jungen menschen nicht ungehoert bleiben.

die vo fordere die volksabstimmung, weil sie jene grosse allgemeine demokratische diskussion herbeifuehren wuerde, die unerlaesslich sei, um das volk nicht zu ueberrumpeln, sondern zu ueberzeugen. anders als die regierungsparteien sei die vo ueberzeugt, dass die grosse mehrheit oesterreichs fuer eine miliz nach dem muster der schweiz stimmen wuerde. ein demokratisches volk@sheer, mit einem minimum von berufsoffizieren und soldaten wurde nicht nur von der vo, sondern auch von allen jugendorganisationen und von der spoe vorgeschlagen.

abgeordneter fischer berief sich dabei immer wieder auf stimmen der sozialistischen presse, der gewerkschaft, der sozialistischen jugend und schliesslich auf den beschluss des sozialistischen parteitages, der ebenfalls die aufstellung einer miliz gefordert habe. das vorliegende gesetz, sagte er, stehe in schroffem widerspruch zu all diesen forderungen. von der milizartigen form sei so gut wie nichts mehr uebrig geblieben. das geplante bundesheer unterscheide sich kaum mehr wesentlich von der vaugoin-armee, denn der berufsoffizier und berufssoldat wuerde den charakter des geplanten bundesheeres bestimmen und nicht die wechselnde masse der eingerueckten. (fortsetzung) 1424+b1